

## **Aus der Stadtverordnetenversammlung vom 11. September 2017 wird berichtet:**

### **Tagesordnung:**

1. Ernennung von Stadträten
2. Bericht nach § 28 GemHVO
3. Trinkwasserversorgung Udenhausen  
-Beratung und Beschlussfassung-
4. Studie zum Breitbandausbau, außerplanmäßige Einnahme und Ausgabe  
-Beratung und Beschlussfassung-
5. Ersatzbeschaffung Feuerwehrfahrzeuge, überplanmäßige Einnahme und Ausgabe  
-Beratung und Beschlussfassung-
6. Beteiligung an der KEAM  
-Beratung und Beschlussfassung-
7. CDU-Antrag zur Ausschilderung und Kontrolle des ruhenden Straßenverkehrs  
-Beratung und Beschlussfassung-
8. FDP-Antrag zur Protokollierung der Abstimmungsergebnisse in der Stadtverordnetenversammlung  
-Beratung und Beschlussfassung-
9. SPD-Antrag zu Einführung wiederkehrender Straßenbeiträgen  
-Beratung und Beschlussfassung-
10. Anfragen
11. Mitteilungen

### **Zu TOP 1) Ernennung von Stadträten**

Frau Edith Hilgenberg und Herrn Michael Heimberg werden die Ernennungsurkunden zur Stadträtin / zum Stadtrat als Nachrücker für die ausgeschiedene Stadträtin Claudia Seuthe und den ausgeschiedenen Stadtrat Reinhard Seuthe ausgehändigt.

Stadtverordnetenvorsteher Peter Zanger nimmt der neuen Stadträtin und dem neuen Stadtrat den Diensteid ab und führt sie in ihr Amt ein.

## **Zu TOP 2) Bericht nach § 28 GemHVO**

Stadtamtsrätin Wilhelm weist zunächst darauf hin, dass der Bericht zum Haushaltsvollzug 2017 auf den Auswertungen der Ergebnis- und Finanzrechnung des heutigen Tages beruht.

Der sich anschließende Bericht gemäß § 28 GemHVO wird – wie auch die Ergebnis- und die Finanzrechnung 2017 – dem Protokoll beigelegt.

## **Zu TOP 3) Trinkwasserversorgung Udenhausen**

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Einbau einer Mess- und Regelungstechnik in den Quellbereich der Quelle Erlenborn (brutto ca. 10.000 €), den Einbau einer Ultrafiltrationsanlage in den Hochbehälter Mariendorf-Udenhausen (brutto ca. 55.000 €) und die Errichtung eines Daches beim Hochbehälter (brutto ca. 12.000 €).

## **Zu TOP 4) Studie zum Breitbandausbau, außerplanmäßige Einnahme und Ausgabe**

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt zur Untersuchung einer zukünftigen Breitbandversorgung in Grebenstein eine außerplanmäßige Einnahme und Ausgabe in jeweils einer Höhe von 50.000 €. Die Finanzierung ist durch die 100%ige Zuwendung des Bundes gesichert.

## **Zu TOP 5) Ersatzbeschaffung Feuerwehrfahrzeuge, überplanmäßige Einnahme und Ausgabe**

Vor der Beschlussfassung weist Bürgermeister Sutor daraufhin, dass sich die in den Erläuterungen zur Stadtverordnetenversammlung genannte Summe der „Gesamtdifferenz“ nicht auf 15.500 €, sondern auf 11.500 € beläuft.

Einstimmig fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in den Erläuterungen dargestellten überplanmäßigen Einnahmen und Ausgaben zur Finanzierung der beiden genannten Feuerwehrfahrzeuge.

### **Zu TOP 6) Beteiligung an der KEAM**

Mit 24 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen fasst die Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Erwerb eines Anteils von 0,5% im Wert von 1.500 € an der KEAM Kommunale Energie aus der Mitte GmbH. Der Magistrat wird ermächtigt und beauftragt, den Anteilserwerb umzusetzen und zur Umsetzung des Beschlusses einen Beauftragten gemäß Anlage 6 unter Befreiung von § 181 BGB zu bevollmächtigen, die notwendigen Zustimmungsbeschlüsse zur Erwerb eines Anteils an der KEAM zu fassen und alle weiteren Schritte zur Umsetzung in die Wege zu leiten.

### **Zu TOP 7) CDU-Antrag zur Ausschilderung und Kontrolle des ruhenden Straßenverkehrs**

Die Fraktionsvorsitzende Burghardt stellt einen neu formulierten Antrag vor und begründet diesen.

Einstimmig bei 4 Enthaltungen fasst die Stadtverordnetenversammlung daraufhin den nachstehenden Beschluss:

Die Ausschilderung von Parkplätzen ist von der Verwaltung zu kontrollieren. Ggf. sind weitere Beschilderungen zur Kenntlichmachung von Parkplätzen und -zeiten vorzunehmen.

Die dafür notwendigen Mittel sind im Haushalt 2018 zur Verfügung zu stellen.

In den Ortsteilen sind die Ortsbeiräte, in der Kernstadt ist der Magistrat zu beteiligen, um besonders markante Stellen des ruhenden Verkehrs zu benennen.

### **Zu TOP 8) FDP-Antrag zur Protokollierung der Abstimmungsergebnisse in der Stadtverordnetenversammlung**

Mit 4 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung wird der folgende Antrag der FDP-Fraktion von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt:

Die Abstimmungsergebnisse aus den Stadtverordnetenversammlungen sollen nach Fraktion aufgeschlüsselt in das jeweilige Protokoll zur Stadtverordnetenversammlung aufgenommen werden.

## **Zu TOP 9) SPD-Antrag zur Einführung wiederkehrender Straßenbeiträgen**

Der Fraktionsvorsitzende Neutze stellt einen neu formulierten Antrag vor, der in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses erarbeitet wurde.

Einstimmig bei 1 Enthaltung fasst die Stadtverordnetenversammlung daraufhin den nachstehenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat bis Ende März 2018 eine Informationsveranstaltung für die Stadtverordneten zu organisieren. Dazu sind Fachleute und Vertreter von Kommunen, wo bereits wiederkehrende Straßenbeiträge eingeführt worden sind, als auch Experten, die gegenüber der Einführung kritisch stehen, einzuladen.

Danach ist eine Aufwandsabschätzung und ein Zeitbedarf für die Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung bis spätestens Ende II. Quartal 2018 vorzulegen. Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet abschließend über die Einführung von wiederkehrenden Straßenbeiträgen.

## **Zu TOP 10) Anfragen**

### **CDU-Anfrage zur Straßenbeleuchtung und Umstellung auf LED**

Die CDU-Fraktion bittet um Auskunft, ob sich der Stromverbrauch für die Straßenbeleuchtung seit Umrüstung auf LED-Leuchtmittel verändert hat. Können Einsparmaßnahmen bei der Straßenbeleuchtung verzeichnet werden, wenn ja in welchem Umfang?

Durchschnittlich betragen die Einsparungen 21.600 €/Jahr.

Weiterhin bitten wir um Auskunft, ob in öffentlichen Gebäuden/ Einrichtungen weitere Maßnahmen zur Umstellung der Beleuchtung auf LED geplant sind.

Bisher wurden bzw. werden auf LED umgerüstet:

DGH Burguffeln, großer Saal (erfolgt im Rahmen der Dorferneuerung)

Sporthalle Udenhausen (in Teilen, im Rahmen des Komm. Inv. Programms)

im Rahmen der Unterhaltung werden defekte Leuchtmittel bzw. Lampen auf LED umgerüstet (z.B. Büros im Rathaus, Hochbehälter)

## **Zu TOP 11) Mitteilungen**

### 1. Erweiterung Neubaugebiet „Hinter den Steinhöfen“

Der erforderliche Ingenieurauftrag wurde zwischenzeitlich von der Stadtparkasse erteilt. Erfreulicherweise konnten hier Einsparungen gegenüber einem öffentlichen Vergabeverfahren erzielt werden.

### 2. Kanalanschluss eines zukünftigen Neubaugebietes „Am Wassergraben“

Der Anschluss der vorläufig geplanten Wohneinheiten an die Transportleitung von Schachten nach Grebenstein ist möglich. Die Prüfung erfolgte durch ein beauftragtes Ing.-Büro.

### 3. Konzept der Landesregierung zu KiTa-Beiträgen

Aktuell:

	<b>BAMBINI-Regelung (§ 32c HKJGB, seit 2007)</b>	<b>Eckpunkte ab 1. 8. 2018</b>
<b>freizustellende tägliche Betreuungszeit</b>	5 Stunden	6 Stunden
<b>monatlicher Erstattungsbetrag je Kind</b>	100 €	136 €

Für die kreisangehörigen Gemeinden droht die Freistellungsaktion zum Verlustgeschäft zu werden. Die Gebührensatzungen müssen voraussichtlich fast flächendeckend geändert werden, da bisher die Freistellung im letzten Jahr für fünf Stunden vorgesehen ist. Da die Ausgleichspauschale mit 136 € für dann sechs Stunden nicht auskömmlich ist, werden absehbar die Elternbeiträge bzw. die sie ersetzenden Erstattungszahlungen einen immer geringeren Anteil der weiter wachsenden Kosten decken. Entlastet werden durch das Programm neben den Eltern die Landkreise und Städte mit eigenem Jugendamt: Nach § 90 SGB VIII übernimmt der Jugendhilfeträger die Elternbeiträge bei Eltern mit geringem Einkommen und/oder besonderen sozialen Problemlagen.

Praktische Umsetzung:

Gemeinden, die aktuell Neuregelung der Elternbeiträge vorbereiten, sollten diese Vorbereitungen weiter führen. Bisher handelt es sich bei den Vorschlägen des Landes lediglich um erste Eckpunkte, die erst ab 1. 8. 2018 wirksam werden.

Für die Gestaltung der Elternbeiträge und der diesbezüglichen Satzungen sowie der zwischen Gemeinde und freien Trägern bestehenden Verträge müssen erst die Details des Programms geklärt sein. Hierfür dürfte ein Gesetzgebungsverfahren des Landes nötig sein.

Von daher besteht aktuell für die Gemeinden noch kein unmittelbarer Handlungsbedarf. Über die weitere Entwicklung werden wir selbstverständlich berichten.

## KiTa-Finanzierung im Haushalt 2017

<b>Ausgaben</b>		
Kosten, HH-Ansatz:	1.386.200,00 €	100%
<b>Einnahmen</b>		
Eltern, Gebühren:	200.000,00 €	14,43%
Eltern, Essensgeld:	23.000,00 €	1,66%
Kostenerstattungen Land:	180.000,00 €	12,99%
Zuschüsse für Integration und gebührenfreies	148.600,00 €	10,72%
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>551.600,00 €</b>	<b>39,79%</b>
Haushaltsdefizit:	816.000,00 €	58,87%
Einwohner:	5830	
<b>Belastung/EW:</b>	<b>139,97 €</b>	

### 4. Hessenkasse

Die Stadt Grebenstein hat keine Kassenkredite aufgenommen und kann dementsprechend keine Entschuldungshilfe in Anspruch nehmen.

Für finanz- und strukturschwache Kommunen ohne Kassenkredit wird ein Investitionsprogramm in Aussicht gestellt. Ob und wie die Stadt Grebenstein hiervon partizipieren kann ist vollkommen offen, da hierzu überhaupt keine Details bekannt sind.

Der Landrat gab den Hinweis, dass es keine Auswirkungen für die Haushaltsplanungen 2018 gibt und diese auch von den Kommunen nicht geplant werden sollten.

### 5. Schulumlage

Die Schulumlage des Landkreises wird voraussichtlich steigen, da das Land verbindliche Vorschriften über die zu berücksichtigenden Ausgaben des Landkreises, die umgelegt werden müssen, macht.

### 6. Ortsdurchfahrt Udenhausen

Anlässlich der Bürgerversammlung am 25.08.2017 in Udenhausen wurden die Planungen der Öffentlichkeit vorgestellt und hierzu Fragen beantwortet.

Zeitplan:

1. Planung, Ausschreibung – bis Ende 2017 / Beginn 2018
2. Baubeginn 1. BA (Uhland, Mittelstraße, 1. Teil Borneweg) – März 2018
3. Bauende 1. BA – Frühjahr 2019
4. Pause – 1000-Jahr-Feier
5. Baubeginn 2. BA ( Borneweg ab Karlstraße ) – März 2020
6. Bauende 2. BA – Frühjahr 2021

Hinweise, Besonderheiten:

Vollsperrung  
Dadurch kürzere Bauzeit  
Geringere Kosten = geringere Anliegerbeiträge  
Höhere Sicherheit

## 7. Freibad

Die Saison ist aufgrund des unbeständigen Wetters sehr schlecht gelaufen. Es gibt einen Besuchereinbruch um rund ein Drittel von über 23.400 im letzten Jahr auf rund 16.200 Besucher in diesem Jahr.

## 8. Änderung der Bauvorschriften

Aufgrund der aktuellen Änderungen der Bauvorschriften wird es zukünftig möglich sein, in der historischen Altstadt und in Dorfkernen nachzuverdichten. D.h. wenn ein Haus abgerissen werden darf, kann an gleicher Stelle ein neues Haus entstehen. Dies wird ein Schwerpunkt der Aktiven Kernbereiche werden.

## 9. Fortschreibung des Landesentwicklungsplans

Die Stadt Grebenstein hat eine mehrere Seiten lange kritische Stellungnahme zur Fortschreibung des LEP abgegeben, die beim Bürgermeister angefordert werden kann. Kritisiert wird eine Schwächung des ländlichen Raums zugunsten der Ballungsräume.

## 10. Geschwindigkeitsüberwachungen

Aufgrund der Rechtsprechung des OLG Frankfurt vom 26.04.2017 dürfen private Dienstleister bei der hoheitlichen Tätigkeit im Rahmen von Geschwindigkeitsmessungen mit keinerlei Arbeiten betraut werden. Aufgrund dieses Urteils wurden die Geschwindigkeitsmessungen im Ordnungsbehördenbezirk eingestellt und der Arbeitsvertrag mit einem bis dahin befristet beschäftigten Mitarbeiter nicht verlängert. Gleichzeitig wurden Gespräche mit den übrigen Mitgliedern des Bezirks aufgenommen und die unterschiedlichen Erwartungen zur Erarbeitung eines Neukonzeptes abgefragt. Die Verwaltung wird aufgrund der Gespräche Verhandlungen mit verschiedenen Anbietern von Geschwindigkeitsüberwachungsgeräten aufnehmen und daraus ein Konzept erarbeiten und mit den Mitgliedskommunen abstimmen. Hieraus entstehende Arbeitsverhältnisse müssen im Magistrat und etwaige Haushaltsrechte in der Stadtverordnetenversammlung beraten und beschlossen werden.

## 11. Schädlingsbefall der EDV-Anlage der Verwaltung

Am 30.08.2017 kam es zu einem Schädlingsbefall der EDV-Anlage im Rathaus. Aufgrund des Befalls waren weite Teile der Verwaltung über fast den gesamten Tag nicht arbeitsfähig.

Zwei Mitarbeiter der Ekom21 mussten vor Ort Maßnahmen zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit vornehmen, die am selben Tag erreicht worden ist. Es kam zu keinen Schäden an den Daten.

## 12. Landesstraße 3233 zwischen Grebenstein und Immenhausen

Leider kam es zu einem tödlichen Unfall auf der Landesstraße. Bedauerlicherweise ist dies auch nicht der erste Unfall in dem neu sanierten Straßenabschnitt. Der Bürgermeister hat an den Straßenbaulastträger und die zuständige Straßenverkehrsbehörde einen Antrag auf Geschwindigkeitsreduzierung, Überholverbot und durchgezogene Mittellinie gestellt.

## 13. Verkehrsbeeinträchtigungen durch Straßenbaumaßnahmen

Derzeit plant Hessen Mobil zeitgleich mehrere Straßenbaumaßnahmen im Altkreis Hofgeismar. Dadurch droht auf den angedachten Umleitungsstrecken der Verkehrskollaps. Endgültige Entscheidungen sind noch nicht gefallen. Ziel ist eine Entzerrung der Maßnahmen.

## 14. Wohnen im Fachwerk

Mit der Veranstaltung „Wohnen im Fachwerk“ wurde der Beschluss der Stadtverordneten vom 07.11.2016 umgesetzt. Leider haben viele potentielle Aussteller (Zimmermannsbetriebe, Steuerberater, Installateure) im Vorfeld abgesagt.

Das Interesse war überschaubar, jedoch gab es einige interessante Gespräche hinsichtlich konkreter Vorhaben.

Eine breite Öffentlichkeit wurde nicht erreicht.

## 15. Jahresabschluss 2010

In der Vermögensrechnung (Bilanz) reduzieren sich Aktiva und Passiva um rund 970.000 € auf 53.494.728,50 € (Vorjahr 54.462.790,17 €). Auf der Aktivseite ist hierfür ein Abschmelzen der flüssigen Mittel um rund 877.000 € verantwortlich. Auf der Passivseite kommen unter den Ziffern 1.3.2.1 und 1.3.2.2 die Jahresergebnisse 2010 zum Tragen. Gleichzeitig steigen die Rückstellungen um 406.000 € (Ziffer 3), davon überwiegend aus Pensionsverpflichtungen. Die Verbindlichkeiten aus Krediten reduzieren sich um die entsprechende Tilgung, nämlich um 227.000 € (Ziffer 4.2).

Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Jahresergebnis (Ziffer 28) von -763.552,54 € gegenüber dem Planansatz von -1.166.615,00 € ab.

Dies ist eine Ergebnisverbesserung um rund 350.000 €.

Im Rahmen der Finanzrechnung wird festgestellt, dass aus laufender Verwaltungstätigkeit ein Zahlungsmittelüberschuss (Ziffer 19) von 178.630,55 € gegenüber geplanten 215.185,00 € entstanden ist. Auch die Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten (Ziffer 23) ist mit 771.886,85 € gegenüber geplanten 864.240,00 € geringer ausgefallen, was einer geringeren Investitionstätigkeit geschuldet ist. D.h. alle geplanten Investiti-



onsmaßnahmen wurden nicht umgesetzt. Dies spiegelt sich auch in den Investitionsauszahlungen (Ziffer 28) in Höhe von 1.666.554,00 € gegenüber dem Ansatz von 2.580.970,00 € wieder. Dadurch hat sich auch der Zahlungsmittelbedarf (Ziffer 30) von 1.501.545,00 € auf 716.036,60 € mehr als halbiert. Hier sei erwähnt, dass durch die Bildung von Haushaltsresten die Zahlungsverpflichtungen in die Zukunft geschoben wurden. Wie bereits in der Bilanz festgestellt, reduziert sich der Bestand der Zahlungsmittel (Ziffer 39) um 876.858,67 €.

Der ordentliche Jahresfehlbetrag 2010 beträgt 861.438,20 € und soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der außerordentliche Jahresüberschuss 2010 beträgt 97.885,66 € und soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.